



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

03.04.2023

Niederschrift

über die 55. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 30.03.2023

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

Anwesenheit:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 55. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang am 22.03.2023).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt. Es sind 12 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 53. Sitzung des Hauptausschusses am 16.02.2023 und der 54. Sitzung des Hauptausschusses am 02.03.2023

Die Niederschrift der 53. Sitzung wird mit 11 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Die Niederschrift der 54. Sitzung wird einstimmig bestätigt.

Ratsherr Dr. Kirchhefer betritt den Sitzungsraum.

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, informiert zur Oberbürgermeisterkonferenz der ostdeutschen Städte im Deutschen Städtetag vom 20.03.2023. Teilgenommen hatte Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider. Bei der Diskussion der Unterbringung von Geflüchteten in den

Kommunen, verwiesen die anwesenden Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister auf die besondere Verantwortung der Oberzentren, die inzwischen keinen signifikanten Wohnungsleerstand mehr verzeichnen. In den Gemeinschaftsunterkünften sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Wenn hier Abhilfe geschaffen werden soll, werden langfristige finanzielle Mittel, insbesondere vom Bund benötigt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern übernimmt die Kosten der Unterkunft zwar komplett, aber für Sprachkurse oder die Erweiterung der Kapazitäten an Schulen und Kitas reichen diese Mittel nicht aus.

Herr Witt führt zu einem zweiten Beratungsthema – dem Bundesprojekt „Demokratie leben“ – aus. Eine Referentin aus dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend habe dargestellt, dass die bisher bereitgestellten Mittel in Höhe von 180 Millionen Euro pro Jahr weiterhin eingeplant werden sollen, 160 Millionen Euro sollen die jeweiligen Kommunen erhalten. Man wünsche sich eine Verstetigung der Mittel, um Projekte in den Kommunen auch längerfristig fördern zu können.

Am Rande konnte Herr Witt mit Herrn Staatsminister Schneider ein Gespräch zum Perinatalzentrum führen. Herr Schneider habe eine Antwort auf das Schreiben des Dietrich-Bonhoeffer-Klinikums zugesagt.

Entsprechend des Hinweises von Herrn Witt, dass bei der geplanten Krankenhausreform eine engere Einbindung der Kommunen, der Spitzenverbände und auch der ländlichen betroffenen Kommunen gewünscht sei, wurde ihm zugesagt, dass man sofort nach Vorlage des Referentenentwurfs zur Krankenhausreform wieder ins Gespräch kommen werde.

Herr Witt informiert zur Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages. Die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Paus, informierte über die ihr Ministerium betreffenden wichtigsten Themen. Insbesondere sei dies die Kinderbetreuung, hier die Ganztagsbetreuung. Für den ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch werden weder die infrastrukturellen noch die finanziellen Voraussetzungen erfüllt, habe die kommunale Seite deutlich gemacht.

In der Vorstandssitzung des Städte- und Gemeindetages M-V, die am 29.03.2023 stattgefunden hatte, wurde der Wunsch nach einem Arbeitskreis deutlich, der Kommunen und Landkreise zur Bewältigung der Aufgabe der Unterbringung und Integration von Geflüchteten enger verzahne. Die aktuelle Situation sei zu diskutieren und Maßnahmen sowie Forderungen abzuleiten – dies mit Beteiligung der Landesregierung. Herr Witt habe vorgeschlagen, Frau Ministerpräsidentin Schwesig zu einem Arbeitstreffen einzuladen, um ihr die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften vorzustellen.

Die Oberbürgermeisterin der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Frau Kröger, und Herr Witt betonten, dass vor allem zweckungebundene Mittel für Investitionen ohne komplizierte Antragsverfahren benötigt werden, die möglichst pauschal zur Verfügung gestellt werden sollen.

Auf Landesebene sei ein Runder Tisch gegen Einsamkeit im Alter geplant. Herr Witt werde für die Kommunen des Landes teilnehmen.

Ratsherr **Stieber** (SPD) gibt als Vertreter des Rechnungsprüfungsausschusses bekannt, dass der Termin zur Sitzung in der nächsten Woche abgesagt ist.

Weiterhin geht er auf den Antrag seiner Fraktion zum Bürgerbudget ein. Er informiert darüber, dass ein Änderungsblatt, das die in der ersten Ausschussrunde erhaltenen Hinweise, Kritiken und Wertungen sowie die Ergebnisse der Beratungen mit Vertretern der Verwaltung abbildet, erarbeitet wird. Dieses werde in den nächsten Tagen an das Büro der Stadtvertretung geschickt.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat eine Frage zum Bearbeitungsstand der neuen Hauptsatzung und zum Verfahren, wie mit Änderungsanträgen und Diskussionshinweisen umgegangen wird.

Herr **Witt** antwortet, dass es ein Änderungsblatt geben soll, einige Wünsche aber auch über Änderungsanträge abgestimmt werden müssen.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und öffentlichen Bekanntmachung gibt es keine Änderungen.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 7 Erarbeitung von Konzepten zum Erhalt und zur Weiterentwicklung von Stadtgrün in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VII/0615 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt die Beschlussvorlage vor. Es wurde eine Vorlage erarbeitet, mit der fünf Projekte angeschoben werden sollen, um Neubrandenburg lebenswerter, grüner, nachhaltiger und artenreicher zu gestalten. Zusätzlich soll bürgerschaftliches Engagement bei der Pflege innerstädtischer Grünflächen gestärkt werden. Zudem wird es ein Änderungsblatt geben, in dem das Wort Konzept im Titel und auch an den Stellen in der Vorlage ersetzt werden durch Synonyme wie Grundprinzipien/Planungsgrundlagen. Er bitte um Unterstützung für diese Vorlage.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Ergänzungsbeschluss Doppischer Haushaltsplan 2023 Band 4 Städtebauliches Sondervermögen, Nordstadt/Ihlenfelder Vorstadt – Die soziale Stadt, Sanierung Turnhalle BIP Kreativcampus Vorlage: BV/VII/0620

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) erinnert daran, dass sie bereits bei dem diesem Beschluss vorausgehenden Beschluss über das Vorhaben darauf hingewiesen hat, dass es sich um ein Projekt mit Haushaltsrelevanz handele. Sie fragt nach den Formalien des Beschlusses.

Auf ihre Frage, ob das entsprechende Landesministerium bereits abgefragt wurde, ob die zur Verfügung zu stellenden Mittel, die ursprünglich für die Förderung einer Kindertagesstätte vorgesehen waren, auch für die Turnhallensanierung genutzt werden können, bestätigt Frau **Kriegler**, Abteilungsleiterin Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen, dass die Verwaltung tätig und eine entsprechende Anfrage an das Ministerium gestellt wurde. Eine schriftliche Antwort darauf sei jedoch noch ausstehend, es werde aber nachgehakt.

Frau **Schad**, Leiterin Fachbereich Innere Verwaltung, führt weiter aus, dass in der Vergangenheit schon einige Male mit Ergänzungsbeschlüssen gearbeitet wurde, vor allem, wenn eine zeitnahe Genehmigung nicht absehbar war.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** fragt bezugnehmend auf die 17.500 Euro Fördermittel, ob diese vorliegen oder doch in den Kernhaushalt einzustellen sind.

Frau **Schad** antwortet, dass der Kernhaushalt nicht ergänzt werde, sondern die Satzung des städtebaulichen Sondervermögens. Und da sei eine Deckungsquelle genannt. Die 17.500 Euro seien nicht zusätzlich, sondern sind im städtebaulichen Sondervermögen (Nordstadt) vorhanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 9 Beschluss über die Annahme einer Spende vom Lokale Agenda 21 Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung - Geldzuwendung für die Pflanzung und Pflege von 17 Eichen auf der Wallanlage der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0570

Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE) stellt sich die Frage, wie ein eingetragener Verein 20.000 Euro spenden kann.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, antwortet, dass die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin die Summe zur Verfügung gestellt habe. Dies sei der Nachhaltigkeitsstrategie der Sparkassen geschuldet.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt sein Mitwirkungsverbot für TOP 9 an.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen und 1 befangenen Stimme in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 10 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung vom Lions Club Neubrandenburg - Geldzuwendung für die Anschaffung einer Fackel zum Inklusionstag im Rahmen der Special Olympics**
Vorlage: BV/VII/0571

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 11 Beschluss über die Annahme einer Spende vom Freundeskreis der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. - Geldzuwendung für die Restauration der "Langen Bank" im Kulturpark der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0572

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez.
 Silvio Witt
 Oberbürgermeister
 Ausschussvorsitzender

gez.
 Heike Witt
 Protokoll